

Kanzler: Landesweiter Lockdown für Ungeimpfte kommt

Corona. Fast 12.000 Neuinfektionen binnen 24 Stunden. Lockdown für Nicht-Immunisierte in Oberösterreich. Der steht auch bundesweit vor der Tür

VON ELISABETH HOLZER UND CHRISTIAN WILLIM

Der Lockdown für Menschen, die weder geimpft noch nach einer Infektion genesen sind, sei „unvermeidbar“: So deutlich drückte sich Bundeskanzler Alexander Schallenberg (ÖVP) am Donnerstag aus.

Dies vermutlich früher als erwartet: Das Covid-Prognose-Konsortium berechnete, dass die für Stufe 5 des Maßnahmenplans definierte Auslastung der Intensivstationen von 600 belegten Betten kommende Woche erreicht wird. Im schlimmsten Fall bereits am kommenden Montag (605 belegte Intensivbetten), im wahrscheinlichsten Fall am Donnerstag. „Weihnachten wird für Ungeimpfte ungemütlich“, merkte Schallenberg an.

„Dramatische Situation“

In Oberösterreich wird es für sie bereits ab Montag ungemütlich. Nach anfänglichem Zaudern rang sich ÖVP-Landeshauptmann Thomas Stelzer am Donnerstag zu scharfen Maßnahmen durch – regionaler Lockdown für Nicht-Immunisierte eingeschlossen. „Die Situation ist dramatisch“, sagte Stelzer. „Daher lösen wir die fünfte Stufe des Bundesplanes aus.“

Sie gilt ab Montag, vorausgesetzt, es gibt dafür rechtlich grünes Licht vom Bund, merkte Stelzer an. Das heißt: Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein (Grüne) muss die entsprechende Verordnung für diesen Lockdown erlassen, das Land dann nur noch umsetzen. Das ist wohl zu erwarten, immerhin forderte Mückstein diese Maßnahme bereits am Mitt-



KURIER/MICHAEL BRUCKBERGER

„Jetzt schon ist klar, Weihnachten wird für Ungeimpfte ungemütlich“

**Alexander Schallenberg
Bundeskanzler**



FOTOKESCH/LUTHER KERSCHBAUM

„Die Situation ist dramatisch. Daher lösen wir die fünfte Stufe des Bundesplanes aus“

**Thomas Stelzer
Landeshauptmann OÖ**



AP/KEVIN JOHANN GRÖRNER

„Die Frage, die zu klären ist: Geht man wieder früher in eine neue Stufe rein?“

**Annette Leja
Gesundheitslandesrätin**

woch, nicht nur für Oberösterreich, sondern auch für Salzburg. Dort setzte man aber auf Maskenpflicht und 2-G als Verschärfungen ab Montag. Heute, Freitag, wird Mückstein mit den beiden VP-Landeshauptleuten konferieren. Ungeachtet dessen deutet sich bereits an, dass die Stufe 5 – so wie zuletzt die Stufe 4 – österreichweit vorgezogen werden könnten.

Früher in Stufe 5

„Die Frage, die zu klären ist: Geht man wieder früher in eine neue Stufe rein?“, sagte Tirols VP-Gesundheitslandesrätin Annette Leja am Donnerstag nach einem Treffen mit ihren Amtskollegen aus den anderen Bundesländern in Hall in Tirol. „Wir sind uns alle einig, dass die Situation nach weiteren Maßnahmen schreit“, merkte Wiens Gesundheitsadtrat Peter Hacker (SPÖ) bei der gemeinsamen Pressekonferenz an.

Beide waren sich einig, dass es Sache von Gesundheitsminister Mückstein ist, zu klären, wie ein Lockdown für Ungeimpfte genau ausgestaltet ist und was die Unterschiede zur aktuellen Stufe sein werden. „Er ist der Master and Commander“, so Hacker Richtung Minister. Von ihm fordern die Gesundheitslandesräte auch eine österreichweite Verschärfung der FFP2-Maskenpflicht. Hacker nannte als Beispiel etwa ungeimpfte Lehrer oder Universitätsprofessoren.

Für Oberösterreich sollen zusätzlich zum geplanten Lockdown eben einige dieser Maßnahmen ebenfalls ab Montag kommen: Die FFP2-Pflicht wird auf alle Innenräume ausgeweitet, außerdem

sollen alle in den kommenden Wochen geplanten Veranstaltungen abgesagt werden.

Diese Notbremse ist angesichts der Corona-Zahlen notwendig geworden. Am Donnerstag wurden allein in Oberösterreich 2.778 Neuinfektionen gemeldet. Die Sieben-Tage-Inzidenz lag bei 1.138, österreichweit bei 754,38. Österreichweit wurde erneut ein Rekordwert registriert – 11.975 Neuinfektionen. 432 Intensivbetten waren mit Covid-19-Patienten belegt.

Innerhalb der ÖVP – im Bund wie in den Ländern – sieht man neben dem Lockdown für Ungeimpfte vor allem die dritte Impfung als Chance für eine Trendumkehr: „Die Impfung ist der einzige Wellenbrecher, den wir haben. Jeder, der etwas anderes behauptet, liegt falsch“, erklärten Bundeskanzler Schallenberg und



Oberösterreich steht vor Lockdown für Menschen, die nicht geimpft oder genesen sind

Vorarlbergs Landeshauptmann Markus Wallner am Donnerstag bei einer Pressekonferenz in Bregenz. Dabei wurde auf Israel verwiesen, wo die Booster-Impfungen die letzte Welle gebrochen haben. Ähnliche Töne waren zuletzt aus dem VP-geführten Salzburg zu hören, in dem die Lage ähnlich dramatisch wie

in Oberösterreich ist. Salzburger Landeschef Wilfried Haslauer stellte jedoch erst am Mittwoch die Sinnhaftigkeit eines regionalen Lockdowns infrage, die Corona-Ampelkommission fordert das hingegen ausdrücklich. Mehr noch: Sowohl in Salzburg als auch in Oberösterreich seien „kontaktreduzierende Maßnahmen“ nötig, etwa die Reduktion von privaten Zusammenkünften.



AP/WIDE WORLD GÖRBERGER

Ungeimpfte im Fokus

Nicht-Immunisierten drohen nun innerhalb kürzester Zeit eine Reihe von Verschärfungen: Schallenberg kündigte nämlich auch an, dass sich die Bundesregierung das Thema der sektoralen Impfpflicht für gewisse Branchen genau ansehen werde. Nach Forderung der Gesundheitslandesräte wären sie auch die Hauptbetroffenen von einer ausgeweiteten Maskenpflicht. Und dann steht da noch der Lockdown für Ungeimpfte praktisch schon in ganz Österreich vor der Tür. Die dürfen dann nur noch in den üblichen Lockdown-Ausnahmen (siehe Seite 5) vor die Tür.

Bereits kommende Woche könnten laut Prognose 600 Intensivbetten mit an Covid-19 erkrankten Patienten belegt sein

Verfassungsexperte hält Impfpflicht mit Geldstrafe für machbar

Türkis-Grün könnte ein Gesetz beschließen, nur dauert es lange, bis ein Effekt eintritt

VON RAFFAELA LINDORFER

Sich nicht impfen zu lassen, könnte – theoretisch – ein Verwaltungsdelikt werden. Und eine Geldstrafe mit sich bringen, die so oft bezahlt werden muss, bis man sich impfen lässt.

Theoretisch, also wenn sich die Regierung dazu entschließen würde, eine Impfpflicht für die Allgemeinheit einzuführen. Verfassungsrechtlich wäre das möglich, sagt Christoph Bezemek, Dekan der rechtswissenschaftlichen Fakultät in Graz.

Es gab schon einmal eine Impfpflicht in Österreich: 1948 wurde ein „Bundesgesetz über die Schutzimpfung gegen Pocken“ beschlossen, dazu gab es eine weltweite Kampagne der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Mit Erfolg: Die Pocken sind

die einzige Krankheit, die weltweit durch eine Impfung ausgerottet wurde.

Für Corona bräuchte es, wie Bezemek erklärt, eine neue gesetzliche Grundlage. Dazu reicht eine einfache Mehrheit von ÖVP und Grünen im Parlament. Bei Verstoß könnte eine Verwaltungsstrafe in Form eines Bußgelds fällig werden – und das nicht nur einmalig, sondern wiederkehrend.

Für Gesundheitsberufe gibt es bereits eine solche Grundlage im Epidemiegesetz, eine entsprechende Verordnung kam aber nie.

Eine Impfpflicht wäre ein massiver Eingriff in das Grundrecht auf körperliche Integrität. „Wie bei bisher jeder Corona-Vorgabe müsste der Gesetzgeber abwägen zwischen den Grundrechten des Einzelnen und dem Ge-



UNI GRAZ/SSR FINKLER FOTOGRATIE

Christoph Bezemek ist Jus-Dekan in Graz

sundheitsschutz der Gesamtbevölkerung“, erklärt Verfassungsexperte Bezemek. Es brauche im konkreten Fall nicht die Garantie auf 100-prozentigen Impfschutz, es reiche eine „hinreichend valide Grundlage“, dass eine hohe Durchimpfungsrate das Infektionsgeschehen angemessen bremst.

Das sagen Wissenschaftler jetzt schon: Je mehr Menschen geimpft sind, desto schwerer kann sich das Virus weiterverbreiten.

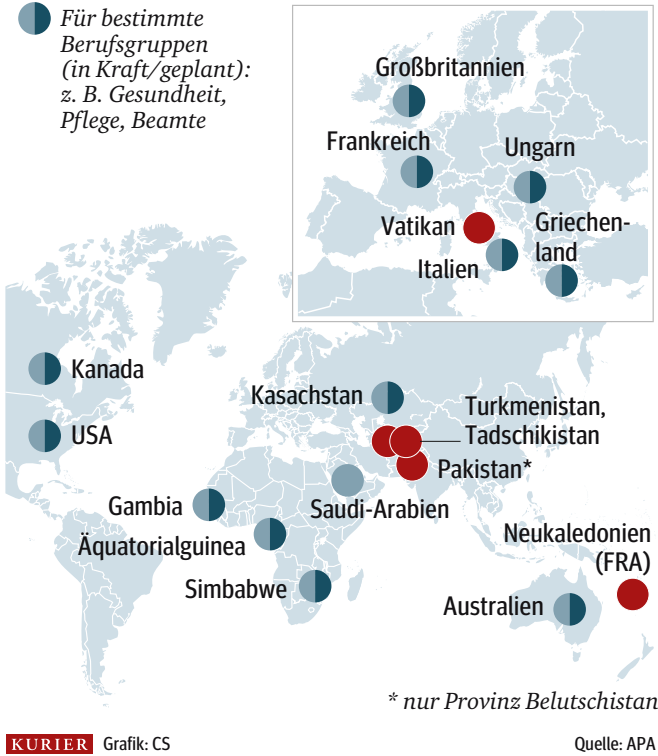
Die zweite Frage ist: Gibt es auch gelindere Mittel, um das Virus einzudämmen? Von Lockdowns wisse man bereits, dass sie wirken und relativ schnell die Infektionszahlen senken. Nur hält der Effekt nicht lange an – in Österreich gab es schon zwei lange, harte Lockdowns seit März 2020. Ein Lockdown für alle – inklusive Geimpfte – wäre schwierig. Erst müssten die differenzierten Maßnahmen ausgeschöpft werden, sagt der Experte.

Eine Impfpflicht würde erst nach einer gewissen Zeit Effekte zeigen, diese hielten aber auch länger an. Gegeneinander abwägen könne man die beiden Maßnahmen aber nicht, betont Bezemek. Obwohl die Grundrechte, die jeweils beeinträchtigt werden, als auch die Effekten seien zu verschieden.

CORONA-IMPFPFLICHTEN WELTWEIT

Ausgewählte Länder

- Generelle Impfpflicht
- De-facto-Impfpflicht für Großteil der Bevölkerung mittels Zugangsbeschränkungen
- Für bestimmte Berufsgruppen (in Kraft/geplant): z. B. Gesundheit, Pflege, Beamte



„Wer sich nicht impfen lässt, gefährdet andere“

Bioethikerin Druml findet klare Worte

Impfpflicht-Debatte. „Eine Pandemie ist keine Privatsache, das Freiwilligkeitsmantra sticht in so einer Situation nicht“, schickt Christiane Druml, Vorsitzende der Bioethikkommission, voraus. „Jeder, der sich nicht impfen lässt, gefährdet im Moment andere Menschen“, betont die Juristin im KURIER-Interview. Direkt, also über den Weg der Ansteckung, aber auch indirekt, weil durch steigende Infektionszahlen das Gesundheitssystem zu kollabieren drohe, Operationen schon jetzt verschoben werden müssten. „Insofern ist jeder, der sich nicht impfen lässt, mitschuld daran, wenn andere nicht die Behandlungen bekommen, die sie brauchen.“

Eine aktuelle Umfrage aus Deutschland zeigt, dass dort 44 Prozent für eine allgemeine Impfpflicht wären. In Österreich steht man dieser traditionell skeptisch gegenüber.

Druml hält es aber für möglich, dass sich dieses Stimmungsbild ändert: „Es würde mich nicht wundern, wenn angesichts der dramatischen Lage Rufe danach lauter werden. Es bedürfen beinahe täglich so viele neue, ungeimpfte Covid-Patienten eines Intensivbettes, dass damit eine oder zwei Intensivstationen vollständig belegt sind und für andere Patienten ausfallen.“ In Österreich will die Regierung nun jedenfalls eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen ernsthaft diskutieren. Druml zufolge sei das längst überfällig. Menschen in Gesundheitsberufen, aber etwa auch Pädagogen und Pädagogen, „haben eine besondere Fürsorge- und Solidaritätspflicht für jene – meist vulnerablen – Menschen, die sie betreuen, und sollten sich unbedingt impfen. Um sich selbst und andere zu schützen“. **M. PATSALIDIS**



EP/CLARENCE BILAN

Der künftige Kanzler meldete sich nun im Bundestag zu Wort

Österreich wieder Hochrisikoland

Für Deutschland. 50.000 Neuinfektionen, Maßnahmenpaket in Ausarbeitung

Deutschland will Österreich laut Berichten der Funke-Mediengruppe ab Sonntag wieder zum Hochrisikoland erklären. Das hieße für ungeimpfte Rückreisende eine zumindest fünftägige Quarantäne und für Geimpfte und Genesene eine Anmeldepflicht bei Reisen nach Österreich. „Da wird jetzt die vierte Stornowelle seit Ausbruch der Pandemie ausgelöst“, sagt Gregor Hoch, Hotelier aus Oberlech. Dass Geimpfte und Genesene nach ihrer Rückkehr aus dem Urlaub nicht in Quarantäne müssen, helfe Familien wenig. „Ist das Kind nicht geimpft, muss es in Quarantäne

und betreut werden.“ Es sei nicht mehr zu verstehen, wie viel Zeit die Politik verschenkt habe und wie viele Unklarheiten es noch immer in der Praxis gebe.

In Deutschland selbst ist die Zahl der Neuinfektionen erstmals auf mehr als 50.000 pro Tag gestiegen. Experten warnen vor einer Überlastung der Intensivstationen. Wo aber ist Olaf Scholz? Der Vizekanzler und mögliche Merkel-Nachfolger hat sich rar gemacht – zumindest öffentlich. Im Hintergrund verhandelt er seit immer noch eine Regierung mit Grünen und FDP. Auch wenn Scholz noch kein Kanzler ist,

richten sich die Blicke schon auf ihn: Unionspolitiker werfen ihm Untätigkeit vor. Nun sprach er sich im Bundestag für eine Gesetzesinitiative aus, die seine SPD mit den Fraktionen von FDP und Grünen erarbeitet hat.

Denn am 25. November läuft die epidemische Notlage aus – und damit bisherige Corona-Verordnungen. Aus Sicht der möglichen Koalitionspartner braucht es ein neues Regelwerk. Zwar sei die Lage eine andere, weil mehr Menschen geimpft sind, aber sie ist noch immer nicht gut, so Scholz. „Viele haben noch nicht von der Impfmöglichkeit Gebrauch

gemacht.“ Deswegen müsse künftig weiter eine Maskenpflicht gelten, auch andere Maßnahmen seien erforderlich. Die Ampel-Pläne sehen auch eine 3-G-Regelung am Arbeitsplatz vor, Scholz plädiert zudem für 2-G für Veranstaltungen, Kinos oder Restaurants. Für Auffrischungsimpfungen brauche es wieder mehr Impfzentren. Das Maßnahmenpaket wird nun im Bundestag beraten. Scholz fände es schön, „wenn es über die Parteien hinaus getragen wird“. Und er beendete seine Rede mit einem Merkel-Satz: „Lassen Sie sich impfen – das ist wichtig.“ **SL, SH, LEY**

Wer Stiefel kauft, macht sich strafbar

Lockdown für Nicht-Immunisierte ist Ausgangsbeschränkung, die Kontrolle schwierig

VON E. HOLZER, C. WILLIM

Die Österreicher kennen sie, die berühmten Gründe, um während eines Lockdowns die eigene Wohnung zu verlassen: In Notfällen, zur Betreuung von unterstützungsbedürftigen Personen und Kindern, zum Einkaufen im Lebensmittelgeschäft („Deckung der Grundbedürfnisse“), für berufliche Zwecke (zur Arbeit zu gehen) oder zur körperlichen und psychischen Erholung im Freien (z. B. ein Spaziergang).

Immerhin erlebten alle das bereits drei Mal seit Beginn der Pandemie: Wiener, Niederösterreicher und Bur-

genländer vier Mal, Stichwort: Ost(er)-Lockdown.

Nun soll diese Maßnahme nicht-immunisierte Menschen treffen, wobei: Ganz vergleichbar mit den harten Lockdowns ist sie nicht, denn damals war der Handel großteils geschlossen, ebenso Fitnesscenter und Gasthäuser. Die bleiben jetzt freilich offen, eben nur für Geimpfte und Genesene. Für alle anderen gilt somit eine Ausgangsbeschränkung.

Vorbereitungen laufen

Das macht die Kontrolle durch Behörden, ob die Maßnahmen tatsächlich von der betroffenen Personen-

gruppe eingehalten werden, wesentlich schwieriger als in früheren Lockdowns. „Wenn das kommt, wird das natürlich eine riesige Herausforderung“, sagt ein Sprecher des Innenministeriums, in dessen Krisenstab bereits die Vorbereitungen für dieses Szenario laufen.

„Federführend ist aber das Gesundheitsministerium“, in dessen Auftrag die Exekutive bei Covid-Kontrollen aktiv werde, heißt es weiter: „Wie viel Polizei herangezogen wird, wird man sehen.“ Noch fehlen die rechtlichen Rahmenbedingungen. Doch wenn sie sich an den bisherigen Bestimmungen orientie-

ren, hieße das: Jede nicht geimpfte Person, die etwa in einem Schuhgeschäft getroffen wird, macht sich strafbar: Neue Stiefel zu kaufen fällt kaum unter die Deckung der Grundbedürfnisse.

Bei früheren Lockdowns konnten Verstöße gegen die Ausgangsbeschränkungen bis zu 1.450 Euro Verwaltungsstrafe kosten. Derzeit gilt zudem: Sollte der Betroffene bei einem Friseur erwischt werden, käme gleich noch einmal ein Verstoß dazu: Sich ohne 2-G-Nachweis bei einem körpernahen Dienstleister pflegen zu lassen, kann mit bis zu 500 Euro geahndet werden.



TEFF/ANNO/ONE

Die Kontrollen wären für die Polizei eine große Herausforderung